



Klima e.V.
Herrn Dr. Alfred Fleissner
Seewartenstraße 10
20459 Hamburg

Olaf Scholz

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323
FAX +49 30 18 527-2328
E-MAIL olaf.scholz@bmas.bund.de

Berlin, 11. Juni 2008

Sehr geehrter Herr Dr. Fleissner,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Einladung zum 10jährigen Jubiläum von Klima e.V. Leider kann ich wegen anderer Termine nicht persönlich an der Veranstaltung teilnehmen. Deshalb wünsche ich Ihnen auf diesem Wege alles Gute zum Jubiläum und weiterhin viel Erfolg und Freude bei Ihrem wichtigen Engagement.

Die Konfliktlösungsinitiative Mobbing-Anlaufstelle e.V. ist - so heißt es auf Ihrer Homepage – „für Menschen gegründet worden, die aufgrund unzulässiger Methoden der Auseinandersetzung am Arbeitsplatz („Mobbing“) persönlich gravierende negative Erfahrungen gemacht haben, als Folge davon gesundheitlich geschädigt, arbeitslos oder auf andere Weise sozial isoliert worden sind.“

Als Bundesminister für Arbeit und Soziales ist auch mir die Unterstützung für Menschen, die Probleme am Arbeitsplatz haben, ein besonderes Anliegen. Erst vor wenigen Wochen habe ich mich mit Frau Isabel Rothe, der Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund, sehr ausführlich über das Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“ unterhalten. Dabei spielt das Thema Mobbing selbstverständlich eine wichtige Rolle.

Mobbing ist keine Erscheinung der jüngsten Zeit. Das Problem "Mobbing am Arbeitsplatz" nimmt jedoch -bedingt durch Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld, durch den Wandel der Wertvorstellungen und durch die nach wie vor angespannte Arbeitsmarktsituation- einen größeren Stellenwert ein als früher. Der zunehmende Einsatz neuer

Technologien und neue Formen der Arbeitsorganisation können zu psychischen Belastungen durch permanenten Zeitdruck, Hektik, Leistungsverdichtung, höhere Verantwortung oder Personaleinsparungen, Monotonie und Sinnentleerung der Arbeit führen.

Über die oft gravierenden gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen hinaus - und hier sind sich alle wissenschaftlichen Untersuchungen einig - verschlingen Arbeitsausfälle durch Mobbing erhebliche Summen, die Unternehmen und Sozialleistungsträger belasten. Jeder und jede Einzelne, der oder die aus der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit und/oder Krankheit gemobbt wird, ist ein Fall zu viel. Deshalb müssen wir uns gemeinsam anstrengen, dass Arbeit immer auch eine würdevolle Arbeit ist, oder wie es das Bundesministerium für Arbeit und Soziales formuliert, Gute Arbeit, ist.

Um Mobbing wirksam zu bekämpfen, müssen Maßnahmen möglichst frühzeitig und präventiv eingreifen. Vor allem die Personal- und Organisationsverantwortlichen in den Betrieben sind gefordert, geeignete Präventivmaßnahmen - wie umfassende Information und Sensibilisierung der Leitungspersonen und Durchsetzung einer modernen motivationsfördernden Arbeits- und Gesundheitspolitik - zu ergreifen, so dass aus alltäglichen Konflikten am Arbeitsplatz keine Mobbing-Fälle werden.

An dieser Stelle sind auch die zahlreichen Beratungsstellen, wie diese hier im Gesundheitszentrum St. Pauli, wichtige Mittler, um möglichst frühzeitig und niedrigschwellig Hilfe anbieten zu können.

Was macht die Bundesregierung, um den Menschen zu helfen, die von Mobbing betroffen sind?

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben schon heute vielfältige rechtliche Möglichkeiten, sich gegen Mobbing zur Wehr zu setzen.

Sie können sich bei den zuständigen betrieblichen Stellen beschweren. Gegen den mobbenden Kollegen, Vorgesetzten oder Arbeitgeber haben sie einen Anspruch auf Unterlassung und können Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche geltend machen.

Darüber hinaus kann sich der Betroffene bei Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität seit fast zwei Jahren nunmehr auch auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) berufen. Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz und Belästigungen, die mit einem der genannten Diskriminie-

rungsmerkmale in Zusammenhang stehen, werden von dem Gesetz auch als Benachteiligungen angesehen.

Klar ist für mich als Bundesminister für Arbeit und Soziales: Arbeit darf nicht krank machen. Zusammen mit Kollegen aus anderen Ministerien, haben Bund, Länder, Sozialpartner, Sozialversicherungsträger, Stiftungen und Unternehmen 2002 die Initiative INQA, Initiative Neue Qualität der Arbeit, ins Leben gerufen. Das Ziel der Initiative ist es, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und dabei die Interessen der Beschäftigten und der Unternehmen miteinander zu verbinden. INQA will eine öffentliche Debatte anregen, Wissenstransfer zu relevanten Themen organisieren, innovative Projekte unterstützen und Beispiele für gute praktische Lösungen verbreiten. In meinem Gespräch bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin konnte ich mich davon überzeugen, dass wir auch hier Fortschritte machen.

Trotz all dieser Bemühungen der Bundesregierung bleiben die zahlreichen Beratungsstellen vor Ort weiterhin der wichtigste Ansprechpartner für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Lassen Sie mich Ihnen daher zum Schluss noch einmal sehr herzlich für die in den letzten 10 Jahren geleistete Arbeit danken und für die nächsten Jahre weiterhin viel Freude am Engagement wünschen.

Sollten Sie dabei Anregungen und Wünsche, Kritik oder Zustimmung sowohl für den Bundesminister für Arbeit und Soziales als auch für den benachbarten Bundestagsabgeordneten aus Altona haben, freue ich mich sehr über weitere Kontakte.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'O' followed by 'M', a less-than sign '<', and a series of loops.

Olaf Scholz